

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Emil Drescher Nr. 31307
Elbstr. 1. Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz.-Kont.: Hg. Deutsche Groß-Industrie, Dresden
Postfach-Nr.: 27. 511 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Ersteinst. täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und Amt. An- und Fremdenliste. Bezugspreis: Monatsl. 2.50, — außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postämtern 2.50. — Einzelverkaufspreis: 2.50. — Anzeigen werden die 6spaltige Textzeile mit 20. — berechnet, Resten die 4spaltige Zeile mit 20. —. Anzeigen und Resten mit Nachdruck und schwierigen Inhalten werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigen-Nahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Nächten, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Abgabe der Anzeigen als Kassenarbeit und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeträge fällt der bezugsfähige Rabatt fort.

Nr. 98

Blasewitz, Freitag, 27. April 1923

85. Jahrgang.

Die Verhandlungen mit der Industrie.

Berlin, 26. April. Ueber die Verhandlungen der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit dem Reichskanzler und über die heutige Vorstandssitzung des Reichsverbandes wird von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Nachdem die Besprechungen mit dem Kanzler sich hauptsächlich um die Verantwortung der Kurzwende drehten, kamen in der Vorstandssitzung zunächst die allgemeine wirtschaftliche Lage und die neuen Lohnforderungen der Arbeitnehmer zur Sprache. Von Seiten der Arbeiter werden

bis zu 50 Prozent Lohnzulagen gefordert. Falls die Industrie genötigt sein würde, diesen Forderungen nachzukommen, würde sich daraus nach Meinung des Reichsverbandes eine starke Gefährdung der Konjunkturfähigkeit, auch in der Industrie des unbesetzten Gebietes, ergeben. Für die Regierung andererseits würden Lohnzulagen eine Erweiterung der bisher gestülten Kreditgewährung bedeuten. Bei der Besprechung der Rede Cursons im Präsidium des Verbandes wurde die Frage erörtert, ob Deutschland

eine feste Ziffer

für die von ihm zu übernehmenden Lasten nennen könne. Man stand im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß falls es überhaupt möglich sei, eine Ziffer zu nennen, man nicht über

die Bergmannschen Vorschläge

hinaussehen dürfe, was nur bei stärkster Ausschöpfung aller deutschen Wirtschaftsmöglichkeiten erreicht werden könne. Auf der Basis der Bergmannschen Vorschläge könne man vielleicht zu einem erträglichen Auslande kommen, natürlich nur unter der Voraussetzung,

daß die Franzosen ihre Gewaltpolitik aufgeben.

Die deutsche Industrie sieht jedoch nur zu einer so weitgehenden Opferbereitschaft entschlossen, falls auch die anderen deutschen Wirtschaftskreise, Landwirtschaft, Grundbesitz usw., einen entsprechenden Anteil auf sich nehmen. Schließlich wurden Mittelungen über Verhandlungen gemacht, die mit Rußland über ein wirtschaftliches

Wirtschaftsabkommen

eingeleitet worden sind. Nähere Mitteilungen über diesen Plan können zurzeit noch nicht gemacht werden. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß es sich bei diesen Verhandlungen um rein wirtschaftliche Fragen handele und daß politische Probleme dabei nicht mitspielen.

Mutmaßungen.

Berlin, 26. April. Im Rahmen der Beratungen über die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Rede Lord Cursons wird der Reichskanzler in diesen Tagen die Parteiführer des Reichstages zu sich bitten, um sie mit der Auffassung der Regierung vertraut zu machen. Für die Regierung dürfte sich in der Hauptsache um die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten handeln, entweder um den auch von Dr. Stresemann in seiner letzten Reichstagsrede gemachten Vorschlag einer festen Reparationssumme von 20 Milliarden Goldmark oder um die Erklärung der Bereitwilligkeit Deutschlands, die Festsetzung seiner Leistungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit und Leistungspflicht im Sinne der Bestimmungen Lord Cursons einem internationalen Gremium zu überlassen. Man hofft bis zum Ende der Woche über die Fragen und auch über das Garantienproblem im klaren zu sein. Es scheint, daß beabsichtigt ist, den deutschen Vorschlag dann in einer an die in der Reparationskommission vertretenen Mächte einschließliche

paus und der Vereinigten Staaten gerichteten Note den Alliierten zur Kenntnis bringen zu wollen.

Es werden jetzt locale Maßnahmen über das heutige Angebot angestellt, daß nur die wahrscheinlichsten davon registriert werden können. Trotzdem sind es eben nur Mutmaßungen; denn so wenig über die Art eines deutschen Angebotes authentisch verlautet, es steht ja noch nicht einmal ab, ob Deutschland wirklich ein Angebot machen wird. Solange diese Gewissheit nicht vorhanden ist, sind alle Mutmaßungen den Versuchungen zugeworfen, auf die Regierung in einem Sinne einzuwirken, der für schließlich veranlaßt, ein Angebot zu machen, obwohl ursprünglich diese Absicht nicht vorhanden war.

Die Frage der Auslandskredite.

London, 26. April. Der Vorsitzende der Barclays-Bank Goswami erklärte gestern laut „Times“ vor dem Verwaltungsrat des Amerikanischen Bankierverbandes in New York, das anglo-amerikanische Abkommen über die britischen Schulden werde ein engeres Zusammenwirken zwischen England und Amerika bei der Lösung der internationalen Finanzprobleme ermöglichen. Sobald das Reparationsproblem geregelt sei, werde Deutschland Kredite brauchen. Wenn Großbritannien und Amerika bereit seien, bei der Aufbringung wenigstens eines Teiles der ersten erforderlichen Summe zusammenzuwirken, so müßte eine befriedigende Vereinbarung über die Länge des Moratoriums verhältnismäßig leicht sein.

Seiner Ansicht nach werde der erforderliche Betrag kaum sehr groß sein, und es sei sicher, daß, wenn Deutschland die Stabilisierung durchführe, angemessene Sicherheiten geboten werden könnten. Es scheint ihm, daß es Deutschland offenstehe, einen für die Bezahlung dieses Betrages einfachen und umfangreichen Plan vorzulegen. Unter gewissen Umständen würde Großbritannien wesentliche Summen für notwendige Kredite geben. Aber wird Amerika das selbe tun? Er persönlich sei der Ansicht,

daß die kommerziellen und Kapitalanlage-Interessen dieses dazu führen würden, an dieses Problem von demselben Standpunkt aus heranzutreten, wie Großbritannien. Seiner Überzeugung nach werde Amerika teils aus eigener Wahl, teils infolge der Macht der Umstände eine bauernde Politik auswärtiger Kapitalanlagen befolgen. In diesem Falle würde eine große Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Länder bestehen. Wenn Amerika nicht eine Politik der auswärtigen Kapitalanlage betreibt, sondern stattdessen Zahlungen in Gold, Waren und Diensten annehmen sollte, so würde es viele Jahre brauchen, um die ihm geschuldeten auswärtigen Forderungen einzulösen. Eine von Deutschland begebene Obligation, besonders abgesichert durch deutsche Werte, und die auch das Indossement der empfangenden Nation trage, würde sich als marktfähiges Wertpapier erweisen, wenn einmal eine Reparationsregelung in Sicht sei.

Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Berlin, 27. April. In den letzten Tagen sind neue Lohnforderungen für die Arbeiter im Bergbau eingereicht worden. Die neuen Lohnforderungen werden begründet mit der neuen Marktwertberichtigung.

Da die neuen Lohnforderungen der Kohlenarbeiter im Ruhrgebiet ein Anzeichen der Kohlenpreise und allgemeine Steigerung der Produktionskosten heranzutreiben würden, hat man, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, im Reichswirtschaftsministerium eine Lösung in der Forderung billiger Textilwaren an die Arbeiter gefunden. Gestern fand eine Zusammenkunft zwischen Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels statt, in der verlangt wurde, daß von der Textilindustrie ein Preisnachlaß von 25% und so durch alle Gruppen hindurch Preisnachlässe gewährt werden. Die Verteilung der Textilwaren soll durch die Gemeinden erfolgen.

Wie Frankreich sich die Zukunft des Rheinlandes denkt.

Berlin, 17. April. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht eine Berliner Meldung, wonach sich die deutsche Regierung für das nachstehende Programm entschlossen habe: 1. Mit dem passiven Widerstand bis zum Eintritt einer Lösung fortzufahren. 2. Auf ein mit Garantien ausgestattetes Angebot muß die Räumung des Ruhrgebietes erfolgen. 3. Frankreich werden Garantien gegeben, die der Reichseinheit nicht zum Schaden gereichen.

Der Korrespondent der Tel.-Union hatte Gustave Heros einen Besuch ab und richtete an ihn die Bitte, zu diesen angeführten Grundbedingungen des Berliner Kabinetts Stellung zu nehmen. Der Direktor der „Victoire“ äußerte sich u. a.: Höchstwahrscheinlich werde die französische Regierung Vorschläge, die vor Einstellung des passiven Widerstandes erfolgen, ohne weiteres zurückweisen. Von einem Verzicht auf das Ruhrunterstand kann trotz der erstellten Garantien, die das Deutsche Reich auch immer geben mag, unter keinen Umständen die Rede sein. Auch nicht durch energische Vorstellungen der englischen Regierung würde sich un-

tere Meinung darin ändern lassen. Frankreich werde eher die Allianz mit England wie auch mit Italien brechen, ehe es auf ein derartiges Ansehen dieser beiden Länder einginge. Was die Frage der Sicherheiten anbelangt, so laufen Gerüchte um, Deutschland wolle seinerseits Forderungen aufstellen. In diesem Falle kann an Verhandlungen überhaupt nicht gedacht werden. Wir wünschen außer Internationalisierung der rheinisch-westfälischen Eisenbahnen eine besondere Verwaltung für das Rheinland. Jegendweilche annexionsmäßige Hintergedanken liegen uns vollkommen fern.

Heros hat gute Beziehungen zum Einsee. Wenn er also sagt, „wir wünschen“, so darf man ruhig annehmen, daß er das Sprachrohr der französischen Regierung und nicht nur der Nationalistenpartei ist, in die er sich hinein gemauert hat. Seine Auslassungen bedeuten sich auch mit den mehr oder weniger verstellten Andeutungen, die Poincaré über die „Sicherheiten“ gemacht hat, welche Frankreich fordere.

Wichtige Ereignisse.

Die Lage im Orient hat sich infolgedessen verbessert, als trotz der Lausanner Konferenz sowohl die Türken als auch die Franzosen Aufmärsche vornehmen, die als kriegerische Vorbereitungen anzusehen sind.

Gustave Heros fordert die Internationalisierung der Rheinlandbahnen und eine besondere Verwaltung für das Rheinland.

Im Mainzer Bezirk — ob die Verordnung auch für andere Bezirke gilt, steht noch nicht fest — ist jetzt auch der allgemeine Autoverkehr unterbunden.

Die vier Bergarbeiterverbände sind vorab, den von den Einheitslisten und Kommunisten ausgehenden Generalstreikpartei Folge zu leisten.

Die Bergarbeiter haben neue Lohnforderungen eingereicht.

Das sächsische 20-Milliarden-Anleihegesetz wurde gestern vom Landtage einstimmig genehmigt.

Aktivität ohne Nervosität.

Nach dem Einbruch der französisch-belasteten Truppen gleicht Deutschland einem Großindustriebetrieb, dessen wirtschaftlicher Betrieb durch eine große und auf bewaffnete Räuberbande besetzt ist. Die Bande will sich nicht mit einem Erlöse begnügen, sondern will zu verstehen, daß sie Jahre zu bleiben und für noch längere Zeit die „Ruffität“ über den Betrieb zu führen gedenkt. Der Ueberfallene ist willenlos und nicht in der Lage, die Eindringlinge durch Anwendung wirksamer Gewalt zu vertreiben; er darf auch nicht hoffen, daß ihm Freunde mit bewaffneter Hand zu Hilfe kommen. Der Anteil der Nachbarn an seinem Rechtskauf beschränkt sich auf das „wohlergehende“ eigene Interesse. Er kann sich nur auf seine Arbeiter und Angestellten verlassen, die treu zu ihm stehen und dem einmündigen Feind leben Dienst und jede Hilfeleistung verweigern. Die Räuber kommen dadurch um den wirtschaftlichen Erlös ihres Einbruchs; er selbst aber ist nicht in der Lage, seinen Betrieb ausbauen zu können. Was soll er tun? Gewalttätiger Widerstand wäre am liebsten Futterspielchen, Resignation bedeutete Selbstauflösung.

Wenn er sich die Ruhe der Herren und die Klarheit der Ueberzeugung bewahrt, dann wird er die passive Abwehr seiner Getreuen mit allen Mitteln zu stärken suchen; aber er wird sich nicht darauf beschränken, vielmehr wird er, achtend auf die Grundlinie seiner Widerstandskraft, versuchen, das casuistische Interesse, das die Nachbarn an dem Scheitern seines Betriebes haben, für sich auszunutzen, und wäre dies sein Interesse noch so gering. Er wird, da er nicht über Waffengewalt verfügt, durch Verhandlungen die Befreiung und Erhaltung seines Betriebes zu erreichen suchen und auch bereit sein, dafür Opfer zu bringen, da er sich einer Welt gegenüber stellt, die nicht das Gesetz des Rechts, sondern das der Macht kennt. Er gibt so sein Recht nicht auf, sondern sucht es nur auf Umwegen zu erreichen, weil ihm der nächstliegende Weg, die Räuber mit Gewalt zu vertreiben, verblockt ist. Eine sich durch den rechtlichen Gehalt berechtigter Empörung, wie durch eine Stimmung der Verzweiflung beeinflussen zu lassen, erachtet er schließlich jede Gelegenheit, die ihm anbietet, den passiven Widerstand seiner Getreuen durch aktive Handlungen seinerseits zu ergänzen.

Wird nicht jeder für eine solche Handlungswelt Verständnis haben? Dandelt die deutsche Regierung richtig oder falsch, wenn sie so verfährt wie dieser Industriebetrieb?

Die deutsche Regierung hat bis jetzt die Welt mehr gegen Frankreich und den Kampf um die Befreiung der Ruhr- und Rheinlande überlegen und ohne Nervosität geführt und darf sich auch von dieser Linie nicht abbringen lassen; denn diese Politik ist nicht ohne Erfolg geblieben. Der passive Widerstand ist im Laufen. Dann aber deutet die Rede des englischen